

Vor der Schlacht um das britische Oberhaus

Die Regierung und die Parteien wünschen offiziell eine mehrheitlich gewählte zweite Parlamentskammer

Grossbritannien soll ein mehrheitlich gewähltes Oberhaus erhalten. Was alle Parteien offiziell wünschen, wird vom politischen Establishment in Westminster erbittert bekämpft.

Peter Rásonyi, London

Alle drei grossen britischen Parteien haben sie in ihren Wahlprogrammen versprochen. Am Montag hat sich eine parteiübergreifende Kommission beider Häuser in Westminster dafür ausgesprochen. Der konservative Premierminister Cameron wie auch sein Stellvertreter, der liberale Parteichef Clegg, werben offiziell dafür. Und auch 94 Prozent der Bürger wünschen sie sich, wie verschiedene Umfragen ergeben haben. Bahn frei für die Reform des britischen Oberhauses, könnte man meinen. Doch noch bevor die Regierung im Mai das Gesetz mit dem neuen Regierungsprogramm ankündigt, rüsten sich die Gegner zur erbitterten Schlacht gegen die «Jahrhundertreform», die seit Jahrzehnten immer wieder versprochen, aber nie umgesetzt wurde.

Demokratisches Defizit

Kaum jemand stellt das Grundproblem infrage: Einer nicht vom Volk gewählten, sondern von der Regierung und von weiteren Gremien besetzten Parlamentskammer wie dem britischen Oberhaus mangelt es als Gesetzgebungsorgan an demokratischer Legitimation. Das Defizit spiegelt sich nicht zuletzt bereits in der Parliament Act von 1911, die festlegte, dass die Entscheidungen des von gewählten Volksvertretern gebildeten Unterhauses im Zweifelsfall über jenen des Oberhauses stehen. Die auf Lebenszeit ernannten Peers können Gesetze nur verzögern und in einem Konsensverfahren beider Häuser ändern, nicht aber blockieren.

So klar das Unbehagen über das demokratische Defizit des Oberhauses ist, so umstritten sind die Reformpläne der Regierung innerhalb des politischen Establishments. Nach einem Entwurf Cleggs würde das Oberhaus von heute 830 Peers schrittweise auf 300 Mitglieder schrumpfen. Als Kompromiss will sich Clegg mit einem Anteil gewählter Mitglieder von 80 Prozent begnügen, der Rest würde weiterhin ernannt, darunter 12 Bischöfe. Die Parlamentskommission hat die grossen Linien übernommen, wobei sie eine Grösse der



Die feierliche Parlamentseröffnung durch die Königin im House of Lords vor den Abgeordneten beider Kammern. ARTHUR EDWARDS / AP

zweiten Kammer von 450 Abgeordneten vorschlägt. Doch die Reform steht noch vor hohen Hürden. Zu vielen wichtigen Fragen konnten nur Mehrheitsentscheide gefunden werden. Das ist nicht überraschend, da sich die Lords kaum selbst abschaffen werden; von ihrer Seite wird erbitterter Widerstand erwartet, weshalb Clegg bereits ankündigte, notfalls werde die Regierung auf die äusserst selten angewendete Parliament Act zurückgreifen und das Oberhaus überstimmen.

Fragen nach Sinn und Zweck

Die Kritik geht jedoch über das blosses Bewahren liebgegener Traditionen und privilegierter Stellungen weit hinaus. Die Reformvorschläge der Regierung haben zwei Fragen unbeantwortet gelassen, die den Kern der repräsentativen Demokratie in Grossbritannien betreffen. Erstens blieb das Kräftegleichgewicht zwischen den beiden Häusern offen. Zwar will der vorsichtige Clegg die Suprematie des Unterhauses unangetastet lassen. Doch die Kommission hat Zweifel geäussert, ob dies realistisch

sei. Ein gewähltes Oberhaus werde mehr Durchsetzungsvermögen zeigen und das Machtgleichgewicht infrage stellen. Welche Auswirkungen das auf die Institutionen habe, lasse sich gar nicht abschätzen und auch nicht durch gesetzgeberische Massnahmen kanalisieren – die Kompetenzen des Parlaments werden durch keine geschriebene Verfassung eingeschränkt.

Zweitens blieb unklar, wen und welche Interessen das Oberhaus vertreten soll. Anders als in föderalen Staaten kommen dafür im zentralisierten Grossbritannien die Regionen kaum infrage. Die traditionelle Legitimation, wonach die für ihre Lebensleistung in verschiedenen Professionen ernannten Peers dank ihrer Kompetenz und Unabhängigkeit die Gesetzgebung verbessern, wurde durch die oft fragwürdige Ernennungspraxis vieler Regierungen fortlaufend unterminiert. Doch was könnte an ihre Stelle treten? Kritiker befürchten, ein nach Parteienproporz bestimmtes Oberhaus würde die Abgehobenheit und Polarisierung der Politik verstärken und Reformen erschweren. Die Unabhängigkeit der Mitglieder soll zwar

durch die Wahl auf 15 Jahre ohne Wiederwählbarkeit gestärkt werden. Ausserdem sollen keine Berufspolitiker ins Oberhaus einziehen, das Mandat soll eine Nebentätigkeit bleiben. Doch ob das ausreicht, um eine konstruktive Gegenkraft zu den Regierungsmehrheiten im Unterhaus zu schaffen, ist strittig.

Die parlamentarische Kommission hat, durchaus nachvollziehbar, empfohlen, die tiefgreifende Reform einem Referendum zu unterstellen. Dagegen wehrt sich Clegg mit Kräften, weil er dahinter eine gefährliche Verzögerungstaktik vermutet. Der Verdacht ist nicht unbegründet; auch in den Reihen der Tories und Labours rufen viele Stimmen aus rein taktischen Motiven nach einem Referendum. Cameron hat ihnen am Montag nur halbherzig eine Abfuhr erteilt; er weiss um den enormen Druck, der von den rechten Traditionalisten in seiner Partei auf ihn ausgeübt wird. Weder für Clegg noch für Cameron ist mit der Reform beim Wahlvolk, das sich für institutionelle Fragen traditionell kaum interessiert, viel zu gewinnen. Die bevorstehende Schlacht ums Oberhaus könnte lauter Verlierer hervorbringen.

Washington und Kabul einig

Partnerschaftsvertrag paraphiert

win. Washington · Die Unterhändler Afghanistans und der USA haben sich am Sonntag in Kabul auf einen Rahmenvertrag geeinigt, der das weitere Engagement Washingtons in Afghanistan auch nach dem Abzug der meisten internationalen Kampftruppen im Jahr 2014 festschreibt. Das Abkommen über eine langfristige Partnerschaft, das die USA zu fortgesetzter wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung Kabuls für die folgenden zehn Jahre verpflichtet, wurde vom amerikanischen Botschafter in Kabul, Crocker, sowie vom Präsident Karzais Sicherheitsberater Spanta nach monatelangen und zähen Verhandlungen paraphiert. Es soll noch vor dem Nato-Gipfel vom 20. Mai in Chicago von den Präsidenten Karzai und Obama unterzeichnet werden.

Keine finanziellen Angaben

In den Berichten amerikanischer Medien wurde unterstrichen, dass das Abkommen entgegen den Wünschen Karzais keine Angaben über den Umfang der amerikanischen Hilfe für die afghanischen Streitkräfte und zivile Aufbauprogramme enthält. Dies wurde damit begründet, dass nur der Kongress solche Gelder bewilligen könne. Doch es ist auch eine Tatsache, dass Washington am Nato-Gipfel auf grosszügige Beiträge seiner Verbündeten hofft und deshalb auf die Nennung irgendwelcher Zahlen bis dahin verzichtet.

Das Abkommen umfasst auch keine Angaben über das weitere militärische Engagement der Vereinigten Staaten am Hindukusch. Diese Frage soll in einem separaten Vertrag geregelt werden. Die Verhandlungen dafür könnten sich als weit schwieriger erweisen als jene für die nun paraphierte Übereinkunft, die im Hinblick auf eine rasche Einigung in vielen Aspekten bewusst unscharf bleibt.

Signal auf drei Ebenen

Auch wenn es zum Teil nur symbolisch ist, soll das neue Abkommen doch unmissverständlich klarmachen, dass sich die Vereinigten Staaten Ende 2014 nicht einfach aus der Verantwortung stehlen werden. Das entsprechende Signal ist einerseits für die afghanische Bevölkerung als Zusicherung zu weiterem Bestand bestimmt. Andererseits soll es den aufständischen Taliban und den Nachbarn Afghanistans klarmachen, dass der Versuch, die Zeit bis zum Abzug im Jahr 2014 einfach auszusitzen, zum Scheitern verurteilt ist.

Edwards' Fall vom politischen Olymp nun auch vor Gericht

Versties der Präsidentschaftsbewerber von 2008 gegen Gesetze über Wahlkampfspenden zur Verheimlichung seiner Affäre?

Der frühere demokratische Präsidentschaftsbewerber John Edwards steht seit Montag vor Gericht. Sein dramatischer Fall in die tiefsten Niederungen bewegt Amerika immer noch.

Peter Winkler, Washington

John Edwards, einst Hoffnungsträger der Demokratischen Partei in den USA, steht seit Montag als Mann vor Gericht, der in der Öffentlichkeit kaum mehr etwas zu verlieren hat. Er ist bereits von den Höhen des politischen Olymps, mit seiner Nomination als Vizepräsidentschaftskandidat im Jahr 2004 und schliesslich als Präsidentschaftsbewerber 2008, in die tiefsten Niederungen des menschlichen Versagers, des Charakterlumpen, gestürzt.

Shakespearesche Dramatik

Es ist diese an Shakespeare erinnernde Dramatik vom Aufstieg und Fall des John Edwards, welche die Amerikaner auch heute noch beschäftigt. Denn wofür er effektiv vor Gericht steht, ist

keine knallige Sex- und Lügengeschichte, sondern eine knifflige Angelegenheit, die zwar Anwälte und Parteistrategen in Aufregung versetzt, am grossen Publikum aber weitgehend abprallt.

Die Frage ist, ob Edwards die Gesetze über Wahlkampfspenden verletzte, als er während der Präsidentschaftskampagne 2008 Gelder im Umfang von fast einer Million Dollar dazu verwendete, eine Affäre mit einer früheren Mitarbeiterin zu verheimlichen – und die Existenz eines gemeinsamen Kinds, das aus der Affäre resultierte. Die Anklage stellt sich auf den Standpunkt, Edwards' Siegeschancen hätten sich mit einem Bekanntwerden der Affäre zwingend in Luft aufgelöst; das Verheimlichen sei deshalb eine Wahlkampftätigkeit gewesen. Die Spenden von zwei wohlhabenden Freunden seien infolgedessen illegal gewesen, weil sie weit über das erlaubte Mass von 2300 Dollar hinausgegangen seien.

Die Verteidigung behauptet dagegen, die Spender hätten Edwards einen persönlichen Gefallen erwiesen, der nichts mit dem Wahlkampf, sondern nur mit der heiklen Situation des damals verheirateten Familienvaters mit drei Kindern zu tun gehabt habe. Edwards

ist in sechs Punkten angeklagt, und für jeden einzelnen von diesen drohen ihm 5 Jahre Gefängnis und 250 000 Dollar Busse. Die Richterin, die den Prozess in Edwards' Heimatstaat North Carolina leitet, tönte allerdings schon an, sie behalte sich vor, das Verfahren plätzen zu lassen, falls ihr die Begründung der An-



John Edwards
Früherer Spitzenpolitiker
der Demokratischen Partei

klage bei deren Präsentation nicht hieb- und stichfest erscheinen sollte.

Edwards hatte in seinen Kampagnen nicht nur die Rolle des aufrichtigen Ehegatten und Familienvaters gespielt, sondern war auch nicht davor zurückgeschreckt, die Krebserkrankung seiner Frau zu instrumentalisieren. Erst als nach seinem eigenen Scheitern klar wurde, dass Barack Obama ihn nicht mehr zum Vizepräsidentschaftskandi-

daten machen würde, wie das John Kerry vier Jahre zuvor getan hatte, gestand er seine Affäre mit der Videofilmern Rielle Hunter ein, die er zuvor hartnäckig abgestritten hatte. Auch seine Vaterschaft von Hunters Tochter Frances Quinn stritt er so lange ab, bis ein ehemaliger Assistent Anfang 2010 kurz davor war, ein Buch über die ganze Kampagne zur Verheimlichung zu veröffentlichen. Der Assistent hatte zum Schutz Edwards' vorübergehend selber die Vaterschaft von Rielle Hunters Tochter beansprucht, seine Aussage aber später widerrufen.

Krebstod der Ehegattin

Um die Affäre geheim zu halten, hatte Edwards seine Mätresse monatelang in verschiedenen Luxushotels untergebracht. Auch der Assistent, der für Edwards zunächst Affäre und Vaterschaft auf sich nahm, wurde reichlich belohnt, bevor er sich von seinem langjährigen Mentor abwandte. Edwards' Frau Elizabeth trennte sich formell von ihrem Mann, als dieser im Januar 2010 die Vaterschaft der damals zweijährigen Tochter anerkannte. Neun Monate später erlag sie ihrem Krebsleiden.

Freilassung im Fall Trayvon Martin

Todesschütze leistet Kautio

(afp) · Der in Florida wegen der Tötung eines schwarzen Jugendlichen angeklagte George Zimmerman ist gegen Kautio freigelassen worden. Der 28-Jährige verliess am Montagmorgen das Gefängnis von Sanford. Der Tod des unbewaffneten Teenagers Trayvon Martin Ende Februar hatte in den USA zu einer hitzigen Debatte um Rassismus und laxen Waffengesetze geführt. Ein Richter in Sanford hatte am Freitag die Freilassung Zimmermans gegen die Zahlung einer Kautio von 150 000 Dollar angeordnet, nachdem dieser sich bei den Eltern des Opfers entschuldigt hatte. «Der Verlust Ihres Sohnes tut mir leid», hatte Zimmerman dabei gesagt. Er habe nicht gewusst, ob Martin bewaffnet gewesen sei, und auch dessen Alter falsch eingeschätzt.

Der Angeklagte soll nun bis zu einer weiteren Verhandlung am 29. Mai eine elektronische Fussfessel tragen. Zudem darf er keine Waffen mehr mit sich führen, keinen Alkohol trinken und nicht mit der Familie des Opfers Kontakt aufnehmen. Zimmerman, Mitglied einer Gruppe von Quartierwächtern, hatte nach der Tötung Martins erklärt, in Notwehr gehandelt zu haben.